



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

59. Sitzung (öffentlich)

9. März 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen Hinweise zum Ablauf der aktuellen Sitzung.

1 Börsengang der RAG

1

Der Ausschuss nimmt eine Stellungnahme von Minister Dr. Horstmann zum Börsengang der RAG entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

2 EU-Dienstleistungsrichtlinie

6

Vorlage 13/3230

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes auf der Grundlage der vom MWA zur Verfügung gestellten Vorlage sowie weiterer mündlichen Erläuterungen von Minister Harald Schartau.

- 3 Belastung der NRW-Wirtschaft durch das Antidiskriminierungsgesetz** 7
- Der ergänzenden Berichterstattung durch Minister Harald Schartau schließt sich eine Aussprache an.
- 4 Aktuelle Viertelstunde** 13
- hier: **Arbeitsplatzsituation in der Fleischereiindustrie**
- Berichts-anforderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Dem Bericht durch Staatssekretär Dr. Fischer (MWA) schließt sich eine Aussprache an.
- 5 Erste Erfahrungen mit der zum 1.1.2004 novellierten Handwerksordnung** 19
- Vorlage 13/3212
- Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Vorlage.
- 6 Umsetzung von BASEL II auf EU-Ebene** 21
- Der Ausschuss führt eine kurze Aussprache durch.
- 7 Sonderwirtschaftsgebiet Ruhr schaffen** 22
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5563
- Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5642

Nach zum Teil kontroversen Wortmeldungen aus den Fraktionen kommt der Ausschuss überein, am 25. April 2005 zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen.

- 8 Innovationspolitik NRW: Zukunftsfelder identifizieren - Innovation fördern - Arbeitsplätze schaffen** 24
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6346
- Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.
- 9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Ergänzungsgesetz OWL** 24
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6477
Zuschriften 13/4799, 13/4804, 13/4812 und 13/4813
- Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes und verständigt sich auf Vorschlag seines Vorsitzenden darauf, es für die April-Sitzung des Plenums beschlussreif zu machen.
- 10 Belastung des Transportgewerbes durch das fehlerhafte Mautsystem** 26
- Der Ausschuss führt zum Thema des Tagesordnungspunktes eine kurze Aussprache auf der Grundlage des vom MVEL schriftlich zur Verfügung gestellten Berichtes durch.
- 11 Ausbau der Uran-Anreicherungsanlage in Gronau** 27
- Dem Bericht durch Minister Dr. Horstmann schließt sich eine Aussprache an, in deren Verlauf sich auch Ministerin Bärbel Höhn zu Wort meldet.
- 12 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften** 31
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6222
- Ausschussprotokoll 13/1425
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

13 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes 31

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6348

Ausschussprotokoll 13/1451
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Die abschließende Beratung zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13
wird vertagt.

14 Berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen stärken - Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten ermöglichen 31

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6037

Ausschussprotokoll 13/1430
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

In Verbindung damit:

Attraktivität der Berufskollegs in NW weiter steigern - Qualität der Qualifizierungsarbeit an beruflichen Schulen sichern und ausbauen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6167

Die Anträge werden ohne Votum einvernehmlich weitergeleitet.

15 Verschiedenes 32

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

8 Innovationspolitik NRW: Zukunftsfelder identifizieren - Innovation fördern - Arbeitsplätze schaffen

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/6346

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen legt dar, der Landtag habe in seiner Sitzung am 16. Dezember 2004 den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zur Mitberatung überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss habe über den Antrag in seiner Sitzung am 16. Februar 2005 erstmalig beraten und seinerzeit beschlossen, in der heutigen Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen. Der mitberatende Ausschuss für Wissenschaft und Forschung habe über den Antrag in seiner Sitzung am 17. Februar 2005 abschließend beraten und abgestimmt. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der Fraktionen von CDU und FDP habe er empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss** führt keine weitere Aussprache durch und nimmt den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 13/6346, mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP an.

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Ergänzungsgesetz OWL

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/6477

Zuschriften 13/4799, 13/4804, 13/4812 und 13/4813

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Der Landtag habe den Gesetzentwurf der Landesregierung nach der ersten Lesung am 26. Januar 2005 an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an sieben weitere Ausschüsse überwiesen. Den mitberatenden Ausschüssen sei mit Schreiben vom 28. Januar 2005 mitgeteilt worden, dass der AWMT möglicherweise bereits in seiner Sitzung am 9. März 2005 beabsichtige, die abschließende Beratung durchzuführen. Daher solle ein Votum bis spätestens 1. März 2005 übermittelt werden.

Am 16. Februar 2005 habe sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge abschließend mit dem OWL-Gesetz befasst und dem hiesigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktion von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, diesen ohne Änderungen anzunehmen.

Ebenfalls am 16. Februar 2005 habe der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung abschließend über den Gesetzentwurf beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfohlen, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Innenausschuss habe sich am 17. Februar 2005 darauf verständigt, kein Votum abzugeben. Auf die Abgabe eines Votums verzichten werde auch der Haushalts- und Finanzausschuss. Weitere Voten lägen bisher nicht vor.

Allerdings lägen die Zuschriften der drei Kommunalen Spitzenverbände sowie der Mittelstandsbeauftragten vor. Diese habe der Ausschuss bestimmt schon zur Kenntnis genommen.

Aus einer weiteren schriftlichen Stellungnahme des Umweltministeriums, ergänzt **Dr. Michael Brinkmeier (CDU)**, gehe hervor, weshalb die Vorschläge aus Ostwestfalen nicht berücksichtigt werden sollten. - Intention des Gesetzentwurfs sei nach wie vor, über einen zeitlich begrenzten Raum Dinge auszuprobieren. Der Ansatz solle positiv lauten. Er rege eine Verständigung der Sprecher am Rande des nächsten Plenums an, sich noch einmal der nicht berücksichtigten Vorschläge anzunehmen.

Aus Sicht Ostwestfalens, so **Helga Gießelmann (SPD)**, interessierten alle Vorschläge, die erarbeitet und diskutiert worden seien. Angesichts der Zeitknappheit bis zum Ende der Legislaturperiode spreche sie sich allerdings dafür aus, die Vorschläge aufzugreifen und zu verabschieden, damit sie in der Modellregion erprobt werden könnten. Eine Diskussion der "übrigen Vorschläge" stehe dennoch nichts im Wege. Es solle schnellstmöglich zu einer Verabschiedung kommen. Ihre Fraktion könne in der heutigen Sitzung abstimmen.

Gerade habe er die Zuschrift der Umweltministerin erhalten, so **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, die diese Ende Februar an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung übermittelt habe. Diese Zuschrift müsste eigentlich auch allen anderen Ausschussmitgliedern zugewandt sein.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) geht von einer grundsätzlichen Zustimmung zum Gesetzentwurf aus. Da es in einigen Aspekten unterschiedliche Sichtweisen zwischen dem Parlament einerseits und den Ministerien andererseits gebe, plädiere sie dafür, sich den Forderungskatalog vonseiten des Parlaments noch einmal anzuschauen. Fristen, die das Inkrafttreten des Gesetzentwurfes behinderten, würden nicht verletzt.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen resümiert, vom Ablauf der Sitzungstermine her sei es möglich, den Gesetzentwurf vor Ablauf der Legislaturperiode zu verabschieden.

Reiner Priggen (GRÜNE) schlägt vor, den Gesetzentwurf heute zu verabschieden. Trotzdem könnte bis zum Ende der letzten Lesung ein gemeinsam getragener Änderungsantrag eingebracht werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen macht qualitative Unterschiede in einer solchen Art der Beschlussfassung geltend, sofern heute verabschiedet und gegebenenfalls ein Änderungsantrag nachgereicht werde. - Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, die Diskussion an und für sich für beendet zu erklären. Der Gesetzentwurf solle in dem zuvor skizzierten Wechselspiel zwischen Ausschuss und Parlament weiter behandelt werden.

10 Belastung des Transportgewerbes durch das fehlerhafte Mautsystem

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, die CDU-Fraktion habe mit Schreiben vom 21. Februar 2005 das Thema des Tagesordnungspunktes beantragt. Medienberichten zufolge arbeite das Mautsystem fehlerhaft. Dadurch werde das Transportgewerbe über Gebühr belastet. Minister Dr. Horstmann habe inzwischen mit Vorlage 13/3260 einen Bericht zu dem Thema übermittelt. Gleichzeitig habe das Verkehrsministerium angeregt, das Bundesamt für Güterverkehr zur Sitzung zu laden, da dieses über technische Fragestellungen besser Auskunft geben könne. Er habe den Präsidenten des Bundesamtes für Güterverkehr angeschrieben und zur heutigen Sitzung eingeladen. Der Präsident habe jedoch geantwortet, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen könne, da das Bundesamt für Güterverkehr personell und organisatorisch überfordert sei, wenn es allen 16 Landtagen zu Fragen, die die Aufgaben des Bundesamtes betreffen, zur Verfügung stehen würde. Das Bundesamt für Güterverkehr sei als selbstständige Bundesoberbehörde dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zugeordnet und somit nur diesem berichtspflichtig.

Christian Weisbrich (CDU) hält den Bericht für völlig unbefriedigend. Das aktuelle Verfahren - Erfahrungen mit der Situation vor Ort belegten dies - ermuntere geradezu zur Mautprellerei und führe dadurch zu massiver Wettbewerbsverzerrung. Derzeit komme auf 800 Autobahnkilometern nur eine Mautbrücke. Lediglich zehn Prozent der Brücken seien aktiviert. Selbst wenn nur in drei Prozent der Fälle - diese Zahl habe die Bundesebene genannt - Mautprellerei begangen werde, bedeute dies im Jahr eine Nichttahnung von sechs Millionen Fällen, bei denen Mauteinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden € verloren gingen.

An der Stelle bestehe - auch bezüglich der Dateneingabe - ein erheblicher Aufklärungsbedarf, wengleich Nordrhein-Westfalen nicht an erster Stelle zuständig sei.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Überhaupt nicht!)